



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Landwirtschaft und Getreidehandel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Landwirtschaft und Getreidehandel



Die Grenzböten halten die Erhaltung, Wiederherstellung und Vermehrung des Bauernstandes für eine der wichtigsten Aufgaben des Staats, glauben aber nicht, daß die Agitation der Ploetz und Kanitz diesem Zwecke dienen werde. In letzter Zeit sind uns nun mehrere Abhandlungen zugegangen, die sich dem agrarischen Standpunkte nähern. Unserm Grundsatz getreu, in streitigen Fragen von großer Wichtigkeit entgegengesetzte Meinungen zu Worte kommen zu lassen und so den Lesern ein selbständiges Urteil zu ermöglichen, nehmen wir drei davon auf, die sämtlich das Monopol des Getreidehandels empfehlen, begleiten sie aber mit kritischen Bemerkungen eines unsrer ständigen Mitarbeiter.

1. Zum Antrag Kanitz

Welchen Kostenaufwand erfordert die Produktion von 50 Kilogramm Roggen oder Weizen in Mitteldeutschland nach landesüblicher Wirtschaft im bäuerlichen Betrieb auf mittlerem Boden bei dem heutigen Stande der Arbeitslöhne ohne Verzinsung des Bodenkapitals?

Es ist eine auffallende Thatsache, daß in dem heftigen Kampfe, der bei den Handelsverträgen zwischen den verbündeten Regierungen und der freihändlerischen Mehrheit des Reichstags einerseits und der deutschen Landwirtschaft andererseits ausgebrochen ist, der entscheidende Punkt von den kämpfenden Parteien nicht genügend gewürdigt worden ist. Die Streitfrage war offenbar noch nicht spruchreif, als sie zur Entscheidung gestellt wurde. Hierdurch erklärt sich das sonst unlösbare Rätsel, daß die verbündeten Regierungen, an deren Wohlwollen für den Hauptberufsstand des Reiches, die Landwirtschaft, vernünftigerweise niemand zweifeln kann, von der deutschen Landwirtschaft in heftigster Weise der Vernichtung ihres Wohlstandes und ihrer Existenzbedingungen angeklagt werden und gleichwohl auf dem betretenen Wege fortfahren. Hier muß ein Irrtum, ein dunkler Punkt¹⁾ vorliegen, der die Ver-

¹⁾ Der dunkle Punkt ist die Überbevölkerung; dunkel bleibt er, weil sich die Regierung und sämtliche Parteien gleichmäßig sträuben, ihn einzugestehen, und so

ständigung unmöglich gemacht und zwei sonst zusammengehörige Glieder wie die konservative Regierung und den konservativen Bauernstand einander entfremdet hat.

Wir haben diesen Punkt in der Frage angedeutet, die wir an die Spitze dieser Betrachtung gestellt haben, und wollen sie hier kürzer und allgemeiner fassen: Was kostet die Produktion eines Zentners Getreide heute durchschnittlich in Deutschland? Von der Beantwortung dieser Frage hängt allein die Beantwortung der weiteren Fragen ab: Ist die deutsche Landwirtschaft bei dem heutigen Preisstande noch produktionsfähig oder nicht? Beide Fragen gestatten eine ganz bestimmte, unanfechtbare Beantwortung.²⁾ Wenn diese Lösung vorliegt, kann auch eine Entscheidung über die durch die Handelsverträge geschaffne Lage abgegeben werden, der sich alle staatszerhaltenden Parteien ohne Widerrede unterwerfen müssen. Sollte die einzuleitende Enquete ergeben, daß die Landwirtschaft bei den heutigen Preisen nicht mehr produktionsfähig ist, dann müssen Regierung und Parlament ohne Zögern dem unvermeidlichen Zusammenbruch des landwirtschaftlichen Betriebes wirksam vorbeugen. Denn niemand wird im Ernst darauf bestehen wollen, mehr als 5 Millionen Deutsche produktionsunfähig zu machen. Ergiebt dagegen die Enquete, daß die deutsche Landwirtschaft auch noch bei der Lage produktionsfähig bleibt, wie sie sich nach den verringerten Vertragszollsätzen gestaltet hat, dann wäre der Ansturm der Landwirte gegen die neuen Verträge in den Augen der öffentlichen Meinung gerichtet und als das gekennzeichnet, als was er von den Gegnern heute angesehen wird, als agrarische Habgier, als rücksichtsloser Egoismus auf Kosten der übrigen Berufsstände. Solange aber diese Frage nicht endgiltig beantwortet ist, bleibt das Urteil über die abgeschlossenen Verträge notwendig ein Wühlen im Dunkeln, wobei die Entscheidung von politischen Interessen, aber nicht von sachlichen Gründen vorgeschrieben wird. Die verbündeten Regierungen werden es bei dieser Sachlage kaum abweisen können, diese Hauptfrage

lange man nicht den Mut findet zum Eingeständnis, wird mit allen Erörterungen der sozialen und namentlich der Agrarfragen leeres Stroh gedroschen.

²⁾ Die erste der beiden Fragen zu beantworten, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die Gutswirtschaft bildet ein Ganzes, und abgesehen davon, daß die Meinungen über das, was alles zu den Produktionskosten gehöre, sehr weit auseinandergehen, ist es unmöglich, ein einzelnes Produkt aus der Gesamtproduktion auszusondern und zu ermitteln, ein wie großer Teil der Kosten darauf fällt. Wäre es aber auch möglich, die Produktionskosten eines Zentners Getreide zu berechnen, so wäre damit die zweite Frage, die nach der Produktionsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft, noch lange nicht beantwortet. Der Ackerhäusler ist sein ganzes Getreide selbst auf und muß gewöhnlich, nach Mißwachs immer, noch welches kaufen; ihm ist also nicht an hohen Preisen, sondern an reichlicher Ernte und nach schlechter Ernte an möglichst niedrigen Preisen gelegen. Dem eigentlichen Bauer und dem kleinern Rittergutsbesitzer wären reichliche Ernten und hohe Preise am

der heutigen agrarischen Bewegung durch eine umfassende, unanfechtbare Enquete zu beantworten.³⁾

Allerdings wäre es richtiger gewesen, diese vor Abschluß der Verträge vorzunehmen, dann wäre die Erbitterung vermieden worden, die heute den politisch unentbehrlichsten Teil des deutschen Volkes gegen Regierung und Vaterland erfüllt. Wir wollen aber aus dieser Unterlassung der Regierung keinen Vorwurf machen. Die leitenden Männer haben ohne Zweifel nach besten Kräften die Frage studirt. Wenn sie dabei vielleicht zu unrichtigen Ergebnissen gelangt sind, so war das vorzugsweise die Schuld hervorragender Landwirte, die durch ihr Urteil den Irrtum hervorgerufen haben. Fragen von der Bedeutung wie die vorliegende lassen sich überhaupt nicht durch einen einzelnen Staatsmann lösen, dazu gehört die ernste Mitarbeit der ganzen Nation in Parlament und Presse. Und was hat das Parlament gethan? Es hat in vierundzwanzig Stunden ohne Vorarbeit, ohne jede sachliche Prüfung den österreichischen Vertrag durchgepeitscht und darin Bestimmungen

liehsten; da aber eines das andre ausschließt — denn je reichlicher im ganzen Lande die Ernte ausfällt, desto mehr sinkt der Preis —, so sind die vernünftigen unter ihnen zufrieden, wenn sie bei einer Mittelernte mäßige Preise erzielen. Überdies verlegen sich alle tüchtigen Landwirte vorzugsweise auf die Fleisch- und Milchproduktion, und zwar in dem Maße, daß manche von ihnen gar kein Getreide verkaufen, sondern alles verfüttern; bei den Marschbauern und den Hochgebirgsbauern, die wenig Getreideboden haben, versteht sich das von selbst. Den Magnaten endlich, die am meisten Getreide auf den Markt schicken, fließt aus so viel verschiedenen Quellen Einkommen zu, daß sie einen Einnahmeausfall an der einen ihrer Waren um so leichter ertragen können, als sie, mit der vollkommensten Maschinen- und sonstigen Ausrüstung versehen, sehr billig produziren. Diese Herren lassen außer dem Ackerbau alle Arten Viehzucht, namentlich auch Pferdezucht, Waldwirtschaft, Brennereien, Brauereien, Zucker-, Stärke-, Hefenfabriken, Ziegeleien, Thonwarenfabriken, Bergwerke, Eisengießereien und tausenderlei andre Dinge betreiben, wobei eins ins andre eingreift, eins dem andern hilft; daneben sichern ihnen ihre Hoheitsrechte auch noch so manche wertvolle Geschenke; so hat der oberschlesische Familie Ziefe-Winkler ihr Bergregal im Jahre 1891 nicht weniger als 698 329 Mark eingebracht.

³⁾ Da es unmöglich ist, die Produktionskosten eines Zentners Getreide zu berechnen, so würde eine Enquete darüber zu gar keinem Ergebnis führen. Eine Enquete über die bäuerlichen Zustände Deutschlands dagegen hat vor zwölf Jahren der Verein für Sozialpolitik veranstaltet, und ihre heute noch wertvollen Ergebnisse sind in sechs Bänden niedergelegt. Man hat sie fast gar nicht benutzt, weil die Parteien zur Rechten wie zur Linken die reine, ungeschminkte Wahrheit und nackte Thatsachen nicht brauchen können. Alle unsre Parteien leben von der Lüge. Dr. Junz hat unter dem Titel: Nicht abgeschickte Petition an den hohen Reichstag behufs Veranlassung einer Agrarenquete (Frankfurt a. M., bei Mahlau und Waldschmidt, 1894) eine kleine Schrift veröffentlicht, in deren Eingang er sagt, er habe trotz sorgfältigster Nachforschung nicht zu ermitteln vermocht, worin eigentlich die

getroffen, deren Folgen heute schon an den Grundlagen des Staates rütteln!⁴⁾

Die Pflicht des Reichstags wird es daher vor allen Dingen sein, den früher begangnen Fehler wieder gut zu machen und durch eine umfassende unparteiische Enquete die Frage zu entscheiden, ob bei einem Zollsatz von 3 $\frac{1}{2}$ Mark für den Zentner Getreide die deutsche Landwirtschaft noch produktionsfähig bleibt, ob also die Fortdauer dieses Zollsatzes ohne Zusammenbruch der deutschen Landwirtschaft überhaupt möglich ist.⁵⁾ Diese Enquete ist unvermeidlich geworden, wenn der Reichstag nicht Dinge heraufbeschwören will, deren Tragweite heute der Weiseste der Weisen nicht zu übersehen vermag. Auch die Regierung wird dieser Enquete zustimmen, weil sie dadurch einer Verantwortung überhoben wird.

Die erste Bedingung für diese Untersuchung ist, daß sie vollständig unbeeinflusst ist und ganz unparteiisch vorgenommen wird. Deshalb dürfen die zu hörenden Sachverständigen nicht ernannt, sondern von den landwirtschaftlichen Berufsorganisationen aller Bundesländer gewählt werden.⁶⁾ Dann kann sich kein deutscher Landesteil über Majorisierung und Nichtberücksichtigung beklagen. Das ist es, was wir im Interesse der deutschen Landwirtschaft und um des Friedens im deutschen Vaterlande willen wünschen. Die Bestimmung darüber, wie die Untersuchung sachlich ausgeführt werden soll, möge man der Enquetekommission selbst überlassen.

Die Hauptfrage wird sein, festzustellen, wie hoch sich die Produktions-

Not der Landwirtschaft bestehe, und dann fortfährt: „Zunächst erregte es mein Befremden, daß die Agrarier, die die Welt mit Alarmrufen über ihre Notlage erfüllen, alle denkbaren Forderungen erheben, nur merkwürdigerweise die nächstliegende nicht, nämlich die einer eingehenden Agrarenquete.“

4) Die Gegner der Handelsverträge scheinen sich einzubilden, daß agrarische Schutzzölle von jeher zu den Grundlagen des Staats gehört hätten; es ist aber erst dreiundzwanzig Jahre her, daß ein ostelbischer Agrarier im preussischen Abgeordnetenhaus ausgerufen hat: Erwarten Sie nicht, daß ich die Freihandelslehre beweisen werde; Axiome, meine Herren, beweist man nicht! und erst fünfzehn Jahre, daß ein Minister bei Empfehlung des Ein-Markzolls sagte, spätere Erhöhungen seien nicht zu befürchten; einen hohen Zoll auf Lebensmittel, etwa von 5 Mark auf den Doppelzentner Getreide, könne nur ein Narr vorschlagen; und erst sieben Jahre, daß die jetzt ganz agrarische Schleisische Zeitung vor der Erhöhung des Kornzolls von 3 auf 5 Mark als einem höchst gefährlichen Experiment mit den Worten warnte: Man täusche sich nicht! Nach der ersten Mißernte fällt der Kornzoll, und mit ihm wird dann noch verschiednes andre fallen!

5) Wenn die Landwirtschaft eines Staats ohne Schutzzölle nicht mehr bestehen kann, dann ist es mit diesem Staate überhaupt aus.

6) Da würden die Bauern und die Ackerhäusler sehr schlecht wegkommen; denn die landwirtschaftlichen Vereine stehen unter der Leitung von Rittergutsbesitzern, und in Bauernvereinen ist erst ein kleiner Teil der Bauernschaft organisiert.

Kosten für den bäuerlichen Betrieb stellen. Denn nach Ausscheidung der Forsten werden sich mindestens vier Fünftel des landwirtschaftlich benutzten Bodens in Deutschland in bäuerlichen Händen befinden. Es hat daher für die Beurteilung der agrarischen Frage verhältnismäßig weniger Bedeutung, ob der vereinzelt Großgrundbesitzer produktionsfähig ist und bleibt, sondern der Schwerpunkt der ganzen Frage liegt in dem bäuerlichen Betrieb.⁷⁾ Daß dies bisher vielfach verkannt worden ist, hat wesentlich dazu beigetragen, die Frage zu verdunkeln. Man wird ohne weiteres annehmen können, daß, wenn der bäuerliche Betrieb produktionsfähig ist, es der Großbetrieb gleichfalls sein wird, und wenn dies von ihm bestritten werden sollte, so wird man es ihm ruhig überlassen können, sich produktionsfähig zu gestalten oder den Betrieb einzustellen und bäuerlichen Händen zu überlassen.

Ebenso wird man bei der Untersuchung den mit technischen Betrieben verbundenen Landbau, den Zuckerrübenbau und die Brennerei, außer Betracht lassen können. Denn so bedeutend auch diese Betriebe an sich sein mögen, so unbedeutend sind sie dem Gesamtumfang der deutschen Landwirtschaft gegenüber.⁸⁾ Auch bietet die Verquickung technischer Gewerbe mit der Landwirtschaft soviel Schwierigkeiten für eine zutreffende Feststellung der rein landwirtschaftlichen Betriebe, daß man dabei schwerlich zu einem unanfechtbaren Ergebnis gelangen wird.

Aber auch der bäuerliche Betrieb wird sich kaum einheitlich in einem Exempel zusammenfassen lassen: dazu sind die Verhältnisse in Deutschland viel zu verschieden. Die Produktionskosten richten sich nach Boden, Klima, landesüblicher Wirtschaft, Absatz, Arbeitslohn u. s. w. Die norddeutsche Tiefebene hat wesentlich andre Produktionsbedingungen als Mitteldeutschland, Süd- und Westdeutschland, und wieder anders gestalten sich die Betriebsverhältnisse in den auf Grasproduktion und Viehzucht angewiesenen Küstenländern. Die Untersuchung wird daher notwendig nach Provinzen unterscheiden müssen, und erst die dabei gewonnenen Ergebnisse werden gestatten, den Durchschnitt für Gesamtdeutschland zu ziehen. Die Untersuchungen nach Provinzen werden aber dadurch noch einen besondern Wert erhalten, daß sie die wirtschaftlichen Gegen-

⁷⁾ Hier liegt freilich der Schwerpunkt für Volk und Vaterland, aber nicht für die Schreier des Bundes der Landwirte; diese haben solche Bauern und Bauernschaften, die das bäuerliche Interesse mit Verständnis wahrnehmen, so viel wie möglich mundtot zu machen verstanden.

⁸⁾ Das ist sehr richtig, aber wiederum nicht im Sinne der Agrarier, für die der „Schutz“ der Spiritus- und Zuckerrfabrikation eine Lebensfrage ist. Eines der vornehmsten agrarischen Organe wäre vielleicht für den russischen Handelsvertrag zu gewinnen gewesen, wenn nicht sein Besitzer, der zugleich Besitzer einer großen Cellulose- und Papierfabrik ist, die Ermäßigung des russischen Eingangszolls auf Cellulose und Papier zu gering befunden hätte.

sätze der einzelnen Landesteile Deutschlands zu klarem Ausdruck bringen. Jedermann fühlt sie, aber bisher ist unsers Wissens noch nicht der Versuch gemacht, sie in Zahlen vorzuführen und zu einem Gesamtbilde zu vereinigen. Für die innere Wirtschaftspolitik in Deutschland erscheint uns das von großer Bedeutung.⁹⁾

Wir haben einen Versuch gemacht, das, was wir für ganz Deutschland für nötig halten, beispielsweise für Mitteldeutschland auszuführen, und teilen diesen Versuch im nachfolgenden mit, selbstverständlich ohne Anspruch, dabei ganz das Richtige getroffen zu haben. Wir verstehen unter Mitteldeutschland den breiten Gebirgsrücken, der sich vom westfälischen Sauerland bis an den Böhmerwald erstreckt. Klima, Boden, Besitzverhältnisse sind hier sehr ähnlich und gestatten deshalb, diesen Distrikt in einem Bilde zusammenzufassen, der Kleinbesitz wiegt hier mehr als sonst in Deutschland vor.¹⁰⁾

Die landesübliche Wirtschaftsweise umfaßt hier der natürlichen Bodengestaltung entsprechend Ackerbau und Viehzucht. Der bäuerliche Besitz schwankt zwischen 1 und etwa 30 Hektaren, größere bäuerliche Besitzungen kommen vor, gelten aber meist schon als Ökonomien. Der Boden ist überall Gebirgsland, reichlich mit Wiesen und Grasländereien durchsetzt. Die Waldungen sind meist im Staats-, Gemeinde- oder Herrschaftsbesitz, bäuerliche Privatbestände finden sich nur selten. Die Beackerung geschieht vielfach durch Rindvieh, Pferdeanspannung findet sich nur bei größern Bauern oder wo mit der Landwirtschaft ein Fuhrmannsbetrieb verbunden ist. Fränkische Anbauweise ist die Regel. Um das Beispiel möglichst anschaulich zu machen, haben wir dem Versuch ein mittleres Bauerngut von etwa 15 Hektaren (60 Morgen) zu Grunde gelegt. Bei der Berechnung haben wir uns soweit als irgend möglich auf zuverlässiges Material gestützt. Daß wir unsre Aufstellungen ganz unbefangenen

⁹⁾ Der Forderung, daß bei einer Untersuchung der bäuerlichen Verhältnisse Deutschlands die Eigentümlichkeiten jedes einzelnen Landstrichs genau beschrieben werden sollen, entspricht der in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik von Band XXII ab veröffentlichte Bericht der in Anmerkung ³⁾ erwähnten Enquete fast vollständig; nur ein paar Landschaften fehlen darin.

¹⁰⁾ Mitteldeutschland umfaßt doch auch die ebenen Gegenden des Königreichs Sachsen und des südlichen Teiles der Provinz Sachsen. Lassen wir aber auch die Einschränkung auf den allerinnersten gebirgigen Streifen gelten, so umschließt auch der immer noch solche Gegensätze wie die arme Rhön und das Gartenland von Erfurt, dessen Boden Gold ist. Ja nicht einmal in einem so kleinen Bezirk wie dem 63000 Hektar großen Eisenacher Oberland findet man durchweg gleichartige Verhältnisse; in dem schon erwähnten XXII. Bande der Schriften des Vereins für Sozialpolitik sagt S. 36 der Berichtersteller, ein großherzoglicher Ökonomiekommissar, darüber, die Lage der Bauern sei so verschieden, daß kein Dorf als typisch angesehen werden könne; und nun soll hier ein einzelnes Bauerngut den Typus abgeben für ganz Hessen, Thüringen und Obersachsen!

gemacht haben, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden, wir haben uns überall von dem aufrichtigen Bestreben leiten lassen, nur das anerkannt richtige einzustellen.

Man kann nun bei einer Berechnung der Produktionskosten des Getreidebaues auf verschiedene Weise vorgehen. Wo eine genaue Buchführung vorliegt, ist das Verfahren einfach. Aber eine solche fehlt leider im bäuerlichen Betrieb gänzlich. Man ist deshalb genötigt, sie durch Ansätze zu ergänzen, was natürlich leicht zu Mißgriffen führt bei aller Vorsicht und Beschränkung auf das, was allgemein als richtig anerkannt ist. Wir wiederholen deshalb ausdrücklich, daß wir weit davon entfernt sind, unsre Berechnung als unbedingt richtig anzusehen. Das würde sie erst dann werden, wenn sie hundertfach von unparteiischen Sachverständigen wiederholt worden wäre und zu gleichen Ergebnissen geführt hätte.

Wir haben geglaubt, daß man die Produktionskosten für den Zentner Roggen und Weizen am leichtesten findet, wenn man den Bruttoertrag der Wirtschaft ohne Winterung einerseits und die Betriebskosten andererseits ermittelt. Was nach Abzug des Bruttoertrags von den Betriebskosten noch zu decken bleibt, stellt dann die Produktionskosten für die Winterung dar, deren Betrag für den Zentner sich ergibt, wenn man sie auf die Zentnerzahl des geernteten Wintergetreides verteilt. Dieses Verfahren hat vor andern den Vorzug der Einfachheit und Übersichtlichkeit¹¹⁾ und gestattet deshalb am leichtesten eine genaue Kritik. Da stellt sich denn die Berechnung für eine mittlere bäuerliche Wirtschaft von 60 Morgen folgendermaßen:

A. Bruttoertrag ohne Winterung	Mark
1. Rindviehhaltung (Viehverkauf). Es werden auf einer bäuerlichen Besitzung von 60 Morgen, wovon 10 Morgen auf Wiesen, 5 Morgen auf Hofraum, Baustelle, Busch- und Weideland und 45 Morgen auf Ackerland fallen, 10 Stück Rindvieh gehalten, 4 Ferkel und 6 Kalbinnen, Küder und Kälber. 3 Kälber werden jährlich angebunden, eins ist als Verlust zu rechnen, sodaß alljährlich 3 Kalbinnen oder junge Ochsen zum Verkauf kommen. Der Verkaufspreis für das Stück ist höchstens auf 250 Mark anzunehmen, das ergibt 3×250 =	750
2. Milch, Butter u. s. w. Eine Ferkel der Gebirgsrasse, die mit den eignen Erträgen der Wirtschaft unterhalten wird, giebt nach Abzug der Kälbermilch täglich höchstens 3 Liter Milch zu 10 Pfennigen. Dies erzielt einen Gesamtertrag von $3 \times 4 \times 365 = 4380$ Liter zu 10 Pfennigen =	438
8. Schweinehaltung. Es werden durchschnittlich gemästet 3 Schweine à 200 Pfund = 160 Pfund Schlachtgewicht à 0,50 Mark. Dies ergibt einen Gesamtertrag von $3 \times 160 \times 0,50$ =	240

¹¹⁾ Vermag uns aber trotzdem von der Überzeugung nicht abzubringen, daß die geforderte Berechnung unmöglich, daher die eine Berechnungsweise so wertlos wie die andre ist.

	Mark
Übertrag	1428
<p>Wo jüngere Schweine oder Ferkel verkauft werden, ist das Ergebnis dasselbe, die Rechnung würde sich dann so stellen: 5 Schweine zum Schlachten verkauft à 100 Pfund Schlachtgewicht = 250 Mark, oder 24 Ferkel à 10 Mark verkauft = 240 Mark.</p>	
4. Obst, Eier u. s. w.	50
5. Die Ernte von 15 Morgen Sommerung, 10 Morgen Klee resp. Futter, 5 Morgen Kartoffeln, Wicken, Rüben u. s. w. ist zur Fütterung des Viehstandes erforderlich. Was davon zum Verkauf kommt, deckt höchstens die Kosten für zugekauftes Kraftfutter (Ölkuchen und Reismehl)	—
Summa	1478

B. Betriesskosten

	Mark
1. Arbeitslohn. Eine Wirtschaft von 60 Morgen erfordert mindestens 2 männliche und 1 weibliche Arbeitskraft. Im Winter werden diese zeitweise nicht volle Beschäftigung haben, dafür wird im Sommer teilweise Arbeitshilfe hinzugenommen werden müssen. Der Arbeitslohn stellt sich für Knecht oder Tagelöhner auf 500 Mark, für Frau oder Magd auf 300 Mark. Dies gibt zusammen ¹²⁾	1300
2. An Gebäudekapital sind erforderlich: Wohnhaus, Stallung, Scheune, zusammen mindestens 5000 Mark zu 4 Prozent, und 2 Prozent Reparatur und Abnutzung. Dies ergibt jährlich ¹³⁾	300

¹²⁾ Zwei Männer sind nicht nötig, sondern nur ein Mann und ein Junge. Die drei „Arbeitskräfte“ sind nicht Tagelöhner, sondern Dienstboten. Dienstboten aber erhalten nirgends in Deutschland 500 oder 300 Mark in barem Gelde. In den mitteldeutschen Gebirgsgegenden bekommen Knechte durchschnittlich 200, Mägde durchschnittlich 130 Mark Lohn, nach R. Frankenstein: Die Arbeiterfrage und die deutsche Landwirtschaft S. 237; die dort angegebenen Zahlen sind eher zu hoch als zu niedrig, weil bei der vorjährigen Enquete des Vereins für Sozialpolitik, dessen Berichten sie entnommen sind, nur Brotherren und gar keine Arbeiter befragt worden waren. Mit Kost und Wohnung kann man den Unterhalt eines Knechtes auf 500 und den einer Magd noch auf etwas mehr als 300 Mark rechnen; allein die freie Station darf hier nicht mit angeschlagen werden; denn da der Verfasser von den Erträgen nur den Teil rechnet, der verkauft wird, so versteht es sich von selbst, daß in dem nicht berechneten Teile die Beköstigung des Gefindes einbegriffen ist.

¹³⁾ Wie kann man die Zinsen des in den Gebäuden angelegten Kapitals mit zu den Produktionskosten rechnen? Will man die Zinsen des Anlagekapitals dazu rechnen, so müssen die Zinsen des Kaufpreises für das ganze Gut genommen werden. Die Gebäude besonders herauszunehmen, hat um so weniger einen Sinn, als sie beim Gutskauf gar nicht gerechnet zu werden pflegen. Es wird da nach der Morgenanzahl gerechnet; die Gebäude gelten als selbstverständliche Zugabe; sind sie schlecht imstande, oder gefallen sie dem Käufer sonst nicht, so muß sich der Verkäufer vom Bodenpreise etwas abziehen lassen. Wir kennen Schlösser mit bombenfesten Mauern, deren Bau heute 300 000 bis 600 000 Mark kosten würde, für die aber der Käufer nicht nur nichts rechnet, sondern womöglich noch etwas abhandelt,

	Mark
Übertrag	1600
3. Betriebskapital. 10 Stück Rindvieh, durchschnittlich zu 200 Mark, 3 Schweine, 3 Wagen, 2 Pflüge, 2 Eggen, sonstiges Wirtschaftsgerät, Betriebskapital u. s. w., zusammen 3000 Mark zu 4 Prozent und 5 Prozent Abnutzung, ergibt	270
4. Steuern und Lasten. Grund- und Gebäudesteuer 25 Mark, Feuerkasse 15 Mark, Sozialgesetzgebung 15 Mark, Kommunalsteuern 40 Mark, Viehverficherung zu 3 Prozent = 60 Mark, Hagel= 20 Mark, zusammen	175
5. Arzt, Tierarzt und Apotheker 20 Mark	20
Summa .	2065
davon ab .	1478
—	587

Mit Wintergetreide werden jährlich 15 Morgen bestellt. Der Ertrag einer gewöhnlichen Ernte beträgt 6 Zentner für den Morgen = 90 Zentner. Davon die Ausfaat mit 15 Zentner ab, so ergibt das einen Jahresertrag an Wintergetreide von 75 Zentner. Verteilt man den nach Abzug des sonstigen Ertrags ungedeckten Teil der Betriebskosten auf 75 Zentner Wintergetreide, so ergibt das für den Zentner Roggen oder Weizen an Produktionskosten jährlich 7 Mark 82 Pfennige!

Wir fordern nun alle Sachverständigen zur strengsten Prüfung dieser Berechnung auf. Was auch dagegen eingewendet werden mag, wir sind im voraus sicher, daß jede unparteiische anderweitige Berechnung der Produktionskosten für Roggen und Weizen für den hier in Frage kommenden bäuerlichen Betrieb Mitteldeutschlands auf mittlerm Boden zu keinem günstigeren Ergebnis kommen wird. Wir haben sie mit mehreren Sachkundigen geprüft, aber immer nur die Einwendung gehört, daß die Gesamtproduktionskosten zu niedrig und die angelegten Bruttoerträge zu hoch gegriffen seien.

Ist aber unsere Berechnung annähernd richtig, so folgt daraus unwiderleglich: 1. daß die bäuerliche mitteldeutsche Landwirtschaft bei dem heutigen Marktpreis von 6 Mark für den Zentner Roggen und 7 Mark für den Zentner Weizen ihre Produktionskosten nicht mehr deckt, sondern mit Unterbilanz arbeitet; 2. daß der selbstwirtschaftende Bauer entweder auf eine volle Verzinsung seines Anlagekapitals verzichten oder wenn er, was fast zur Regel geworden ist, mit fremdem Kapital (Schulden) wirtschaftet, sich mit einem ge-

weil ihm eine nette moderne Villa lieber sein würde; er giebt vielleicht für das ganze Gut nicht mehr als 200 000 bis 300 000 Mark. Und überdies: die Gebäude verzinsen sich eben dadurch, daß sie bewohnt und sonst benutzt werden; wie kann man ihre Zinsen zu den Produktionskosten rechnen? Verkauft der Mann sein Gütchen und zieht in die Stadt, so muß er für ein paar kleine Stübchen 300 Mark Miete zahlen. Die gänzliche Unhaltbarkeit dieser beiden Ansätze überhebt uns der Verpflichtung, die übrigen zu prüfen.

ringern Arbeitsverdienst als dem landesüblichen Tagelohn begnügen muß; 3. daß von einer Verzinsung des eigentlichen Bodenkapitals, von einer Grundrente, über die so viele theoretische Volkswirte die wunderbarsten Vorstellungen haben, überhaupt nicht mehr die Rede ist!¹⁴⁾

Selbstverständlich wird sich die Rechnung für Betriebe auf besten Bodenklassen oder bei besonders günstigen Absatzverhältnissen in der Nähe großer Städte günstiger stellen, ebenso sicher aber auch für Wirtschaften mit durchweg

¹⁴⁾ Mit der Berechnung fallen auch die daraus gezogenen Folgerungen. Anstatt mit einer ganz willkürlichen Produktionskostenrechnung ein Defizit zu beweisen und daraus zu folgern, daß die „Landwirtschaft“ in Deutschland nicht mehr produzieren könne, während sie thatsächlich, Gott sei Dank, jahraus jahrein in großartigster Weise produziert, wollen wir einmal folgende Rechnung aufsetzen. Ein 60 Morgen großes Gut in gebirgiger Gegend gilt jetzt mit Gebäuden und vollständigem Inventar 20 000 Mark. Der Besitzer hat also nach heutigem Zinsfuß allerhöchstens 800 Mark Zinsen zu beanspruchen. Arbeitet er soviel wie ein Knecht, so hat er 500 Mark zu fordern, seine Frau, die doch der Hauswirtschaft und den Kindern einige Zeit widmen muß, wird höchstens um 300 Mark Arbeit leisten. (Daß manche tüchtige Frau mehr leistet, als ihr fauler oder liebedlicher und versoffener Mann, kann hier nicht in Betracht gezogen werden.) Der Besitzer hat also im ganzen 1600 Mark zu fordern; als Entschädigung für die Wirtschaftsleitung kann er sich die freie und geräumige Wohnung, seine Existenzsicherheit und Unabhängigkeit rechnen. Fene 1600 Mark aber hat er natürlich nicht in barem Gelde zu fordern, sondern er hat nur eine Familienexistenz zu fordern, die in barem Gelde gerechnet 1600 Mark wert sein würde, also die Existenz eines kleinen Beamten, dem nach Abzug von 200 bis 300 Mark auf Wohnung für alle übrigen Bedürfnisse noch 1400 bis 1300 Mark übrig bleiben. Natürlich ist damit nicht gesagt, daß der Bauer genau so leben müßte, wie der kleine Beamte. Seine Wohnung wird weniger fein aussehen, ist aber dafür geräumiger und bequemer; seine Kost wird etwas anders, darum aber nicht weniger nahrhaft sein. Seine und seiner Leute Arbeitstracht sieht geringer aus, wie die des städtischen Schreibers, während die Sonntagstracht, namentlich der jüngern Familienglieder, leider ganz städtisch ist. Hat also der Bauer diese seine standesgemäße Existenz, und kann er dabei die ihm auferlegten öffentlichen Lasten bestreiten, so ist damit seine „Produktionsfähigkeit“ erwiesen. Viele Bauern legen wohl auch alljährlich noch etwas auf die hohe Kante — wieviel? das binden sie natürlich Stadtherren, die sie auszufragen kommen, nicht auf die Nase — oder sie verraten durch Meliorationen, durch Zukaufen oder Zupachten von Acker, durch Ausstattung von Kindern, daß sie vorwärts kommen. Eben jetzt bietet ein schlesischer Bauer sein Gut, das er für 2000 Thaler vom Vater übernommen hat, für 25 000 Thaler aus; bekommt er auch nur 20 000 dafür, so wird man gestehen müssen, daß sich in der Landwirtschaft noch recht hübsche Geschäfte machen lassen. Ein Rittergutsbesitzer, der ein Gut im Werte von 100 000 Thalern mit einem Vermögen von 20 000 Thalern übernimmt, von der Wirtschaft nichts versteht und nichts arbeitet, hat 800 Thaler zu beanspruchen, und da seine Schloß- und Gartennutzung allein schon soviel wert ist, so ist die Kost, die ihm das Gut gewährt, schon ein unverdientes Geschenk; Geld hat er nicht einen Pfennig zu beanspruchen.

niedrigen Bodenklassen und in ungünstiger Verlage noch ungünstiger. Volkswirtschaftlich kann es aber nicht darauf ankommen, was ausnahmsweise in besonders günstigen oder ungünstigen Verhältnissen erreicht wird, sondern wie die Masse deutscher Bauern steht.

Es möge nur die Frage gestreift werden, ob sich durch Änderung der landesüblichen Wirtschaftsweise Abhilfe schaffen läßt, mit andern Worten: ob sich nicht billiger wirtschaften läßt. Für den Großgrundbesitz hat diese Frage ihre Berechtigung, weil die größere Intelligenz hier Machtmittel bietet, die dem Bauernstande nicht zur Verfügung stehen. Für den Bauernstand müssen wir die Frage wenigstens für die nächste Zeit verneinen. Denn man darf nicht übersehen, daß zur Zeit für den mittlern und kleinen Bauer das Herkommen fast der einzige Lehrmeister ist. Bis es gelingt, dies in Deutschland zu ändern, darüber werden noch ganze Geschlechter vergehen. Noch weniger wird man den Bauer auf eine billigere Lebenshaltung verweisen können, denn unter den Betrag des gewöhnlichen Tagelohns wird man ihn dauernd nicht zurückdrängen können; lieber wird er „Arbeiter“ und überläßt Haus und Scholle dem Juden.

Wir sind weit entfernt, aus unsrer Berechnung Schlüsse auf die Lage in der norddeutschen Tiefebene oder im bairischen Flachlande zu ziehen, möglicherweise stellen sich die Produktionskosten dort bedeutend niedriger. Das kann nur durch die angeregte Enquete festgestellt werden. Daß aber die Berechnung für Mitteldeutschland im großen zutrifft, dafür finden wir einen negativen Beweis in der Thatsache, daß, so lange der Roggen- und Weizenpreis 8 Mark und darüber betrug, hier Klagen im Bauernstande kaum vorkamen. Erst seit kurzer Zeit sind sie zum Ausbruch gekommen, nun aber auch gleich mit einer fast beängstigenden Heftigkeit.¹⁵⁾ Infolge der größern Verschuldung und der Verheerungen, die Vieh- und Gütermucher hier seit Menschenaltern angerichtet hat, war der mittel- und süddeutsche Bauer weniger widerstandsfähig als der norddeutsche. Daraus erklärt sich die größere Heftigkeit, mit der in Süddeutschland in Bauernkreisen die agrarische Bewegung zum Ausbruch gekommen ist.¹⁶⁾

¹⁵⁾ Sehr natürlich, dafür hat die Agitation des Bundes der Landwirte gesorgt! Wäre bloß der niedrige Getreidepreis die Ursache, so wären die Klagen schon 1886 und 1887 ausgebrochen, wo der Doppelzentner Roggen in Berlin 13 und 12 Mark galt. In den zwanziger und dreißiger Jahren hat man, wie uns alte Landwirte erzählen, für den Sack Roggen manchmal nur 15 Silbergroschen bekommen; der Doppelzentner würde demnach etwa 4 Mark gekostet haben; Kartoffeln verkaufte man damals den Scheffel mit 2 guten Groschen.

¹⁶⁾ Die Not der Kleinbauern in Hessen, Thüringen und einzelnen Teilen Badens — auf Baiern einzugehen, würde zu weit führen — entspringt aus der Übervölkerung; die Leute haben entweder so wenig Acker, daß sie davon nicht leben

Man könnte vielleicht gegen die von uns verlangte allgemeine Enquete von landwirtschaftlicher Seite einwenden, daß die Höhe der Produktionskosten für einen Zentner Roggen und Weizen bereits feststeht und sich allgemein über 7 Mark herausgestellt habe. Gewiß! Es liegen eine ganze Anzahl von Einzelberechnungen aus den verschiedensten Gegenden vor, die zu diesem Ergebnis gelangt sind. Aber das sind sämtlich mehr oder weniger Privatarbeiten einzelner Interessenten, die nur für die einzelne Wirtschaft gelten, aber bisher der öffentlichen Kontrolle und Prüfung entbehren und überwiegend Fälle des Großbetriebs betreffen. Sie alle gewähren kein genügendes Material, um die Gesamtlage der deutschen Landwirtschaft zu zeichnen. Der Beweis für diese kann nur durch eine allgemeine, gleichzeitige, unter öffentlicher Kontrolle veranstaltete Enquete in allen deutschen Ländern und Provinzen geführt werden. Erst wenn auf diese Weise der Beweis geführt wäre, daß die ackerbautreibende deutsche Landwirtschaft allgemein heute mit Unterbilanz arbeitet, werden Anträge wie der des Grafen von Kanitz auf Einführung des Getreidemonopols u. s. w. Aussicht auf Erfolg haben.

Sache des Bundes der Landwirte wird es daher sein,¹⁷⁾ diese notwendige Enquete herbeizuführen und damit die Periode unfruchtbarer Klagen und Beschwerden abzuschließen. Mit bloßen Klagen und Beschwerden ist in der heutigen Welt nichts mehr zu erreichen, das hat die Abstimmung über den Kanitzschen Antrag im Reichstage wieder einmal deutlich gezeigt. Hätte die Beweisaufnahme über die Produktionslage der deutschen Landwirtschaft vorher stattgefunden, und hätte die Enquete den Beweis gebracht, daß die von der Landwirtschaft behauptete Produktionsunfähigkeit thatsächlich vorhanden sei, so hätte der Antrag einer Kommission überwiesen werden müssen, um seine Ausführbarkeit eingehend zu prüfen; hätte diese das entgegengesetzte Ergebnis gehabt, so wäre der Antrag — niemals gestellt worden.

können, und dabei keine Gelegenheit zum Nebenverdienst, oder das hinreichend große Gut wird durch fortgesetzte Erbteilung mit Schulden überladen. Diese Not hat sie in die Knechtschaft von Bucherern gebracht, lange Zeit, bevor die heutige agrarische Bewegung ausgebrochen ist. Diesen Leuten mit hohen Getreidepreisen helfen wollen, das ist ungefähr so klug, wie wenn der Arzt einem schwindstüchtigen Weber die Schrottsche Kur verordnete. So weit die Bauernschaft jener Gegenden noch lebensfähig ist, d. h. soweit Grund und Boden noch hinreichen, können ihnen Raiffeisenvereine helfen und haben ihnen teilweise schon geholfen. Soweit der Boden für die Bewohner schlechterdings nicht mehr ausreicht, kann nichts als Auswanderung helfen.

¹⁷⁾ Dem Bunde der Landwirte die Fürsorge für die mittlern und kleinen Bauern anvertrauen, heißt den Bock zum Gärtner bestellen, wie eben jetzt wieder die Haltung der konservativen Partei in den Verhandlungen über die Landwirtschaftskammern beweist.

Dennoch hat der Antrag eine hohe politische Bedeutung. Er hat dem Bunde der Landwirte ein Agitationsmittel verschafft, das seine Wirkung auf die Massen nicht verfehlen und alle landwirtschaftlichen Kreise schließlich fortreißen wird. Deshalb haben alle Parteien das größte Interesse daran, daß ihm durch die von uns vorgeschlagene Enquete entweder die Lebensadern unterbunden werden, oder daß seinen Forderungen, wenn sie berechtigt sind, bald Genüge geschehe, bevor die soziale Verhezung unheilbar wird.



Zur Berufung im Strafverfahren

Von Ernst Kayser



Is in den Jahren 1874 bis 1877 unter den Reichsjustizgesetzen, durch die die Zusammensetzung der ordentlichen Gerichte und das Verfahren in Zivil- und Strassachen vor ihnen einheitlich geregelt werden sollte, der Entwurf einer Strafprozeßordnung vor der vom Reichstag eingesetzten Reichsjustizkommission beraten wurde, zeigte sich sehr bald, daß bei der Mannichfaltigkeit der Ansichten, die nicht nur von den einzelnen Mitgliedern, sondern auch am Bundesratsstische vertreten wurden, dem Ziele, ein den Bedürfnissen entsprechendes Strafverfahren herzustellen, große Schwierigkeiten entgegenstanden. Wenn gleichwohl der Zeitpunkt für geeignet erachtet wurde, eine neue Strafprozeßordnung im Reiche einzuführen, so waren hierfür hauptsächlich politische Erwägungen ausschlaggebend. Man verschloß sich nirgends der Einsicht, daß eine Verständigung notwendig sei, wenn man nicht bei dem engen Zusammenhange mit dem Gerichtsverfassungsgesetze womöglich die ganze unternommene Justizorganisation gefährden wollte. Man erkannte, daß selbst ein vorläufiges Zurückstellen der Strafprozeßordnung einen Verzicht auf unabsehbare Zeit bedeute, umsomehr als sich gerade damals grundsätzliche Fragen des Strafprozeßrechts wissenschaftlich im Fluß befanden, eine Einigung aber der sich bekämpfenden Meinungen nicht leicht zu erwarten war und zwischen den oft von einander weit abweichenden herrschenden Systemen und den damit in den einzelnen Ländern gemachten Erfahrungen ein Ausgleich gefunden werden mußte. In diesem Sinne äußerte sich sowohl der Berichterstatter, Generalstaatsanwalt von Schwarze, als auch der Vorsitzende der Kommission, der Abgeordnete Miquel. Auch Gneist, ebenfalls ein einflußreiches Mitglied der Kommission, hielt in seinen Vorlesungen

Grenzboten II 1894

45